



ASYL POLITIK IN DER SACKGASSE?

Das Asylthema beherrscht die aktuelle politische Debatte in Österreich und in vielen anderen Ländern Europas – die Transitländer wie Griechenland, Italien und Spanien ebenso wie die begehrten Zielländer Deutschland, Schweden und Österreich. Ob die jüngsten Entwicklungen auf EU-Ebene tatsächlich in Richtung einer nachhaltigen Lösung der Problematik gehen, ist noch nicht absehbar.

TEXT/Walter Leiss

Das Thema Asyl nimmt eine vorhersehbare Entwicklung, der man auf europäischer und nationaler Ebene zu wenig Augenmerk geschenkt hat. Zu sehr war man offenbar mit der Finanzkrise und den Problemen Griechenlands beschäftigt. Langsam kommt allerdings Bewegung in die Sache. Ein Sondergipfel zur Flüchtlingskrise wurde gefordert.

Die Bemühungen der Europäischen Kommission sind im Sand verlaufen, da dies Angelegenheit der Nationalstaaten ist. Zwar gibt es eine Dublin-Verordnung, die die Zuständigkeit zur Prüfung eines Asylantrags – das Land, in der die EU erstmals betreten wurde – vorsieht. Um die Umsetzung und Durchführung und vor allem um die Unterstützung der Länder, die diese Verfahren durchzuführen haben, hat man sich bisher wenig gekümmert. Ebenso wenig ist es gelungen, eine faire Aufteilung der anerkannten Flüchtlinge auf alle Staaten Europas herbeizuführen. Viel zu uneinig sind sich hier die Nationalstaaten. Die Öffnung der Grenzen in Deutschland hat in den letzten Wochen eine Welle in Bewegung gesetzt. Sie wird auch durch die Schließung der Grenzen in Ungarn nicht zu stoppen sein. Neue Wege werden gefunden werden. Zwar ist Deutschland nun das primäre Ziel – Österreich hat durchgeleitet –, aber längerfristig ist das auch für Deutschland nicht verkraftbar, wie die wieder eingeführten Grenzkontrollen zeigen. Der notwendige Aufbau von Auffangzentren an den Außengrenzen und die internationale Unterstützung der Lager rund um Syrien lassen auf sich warten. Und um die Ursachen der Flüchtlingsproblematik zu bekämpfen, wird von der europäischen Ebene bisher auch wenig unternommen. Die geopolitischen Interessenslagen sind zu unterschiedlich. Das ist die europäische Dimension der Asylpolitik.

Daneben hat die Asylfrage eine nationale Dimension. Bereits einige Wahlergebnisse wurden davon beeinflusst. Es mag zutreffen, dass mit dem enormen Anstieg der Asylwerber – obwohl es sich wohl abgezeichnet hat – niemand gerechnet hat. Dass gerade Österreich, Deutschland und Schweden bevorzugte Zielländer sind, liegt wohl nicht allein an der landschaftlichen Schönheit, sondern auch an den Rahmenbedingungen. Solange aber kein effektive Umsetzung des Dublin-Abkommens erfolgt und keine faire Aufteilung der Flüchtlinge auf ganz Europa gelingt besteht, die Notwendigkeit

» Die Gemeinden verfügen nicht über eine große Anzahl leerstehender geeigneter Gebäude.

Es gilt Privatquartiere zu finden. Diese werden auch angeboten.

Allerdings verfügen sie nicht über die rechtlichen Voraussetzungen, die an derartige Quartiere gestellt werden.“



HOFRAT DR. WALTER LEISS IST GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES walter.leiss@gemeindebund.gv.at

- > erstens Asylverfahren rasch abzuwickeln,
- > zweitens eine klare Unterscheidung zwischen Wirtschafts- und Kriegsflüchtlingen zu treffen und
- > drittens für eine menschenwürdige Unterbringung der Asylwerber zu sorgen.

Anerkannte Flüchtlinge müssen in der Folge integriert werden. Für die Gemeinden ergeben sich dabei viele Aufgaben und die Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Unterbringungsplätze und Wohnungen müssen bereitgestellt werden, genauso wie in der Folge Kindergarten- und Schulplätze. Der Zugang und die Integration in den Arbeitsmarkt müssen im nächsten Schritt erfolgen. Dass dies in kleineren Einheiten besser gelingen kann als in großen, wurde schon mehrfach dargelegt. Nur so kann die unbedingt erforderliche Akzeptanz in der Bevölkerung erzielt werden. Der Richtwert von 1,5 Prozent der Bevölkerung erscheint akzeptabel. Woran scheitert aber die Unterbringung in kleineren Gemeinden? Und ist der ungeheuerliche Vorwurf der Sabotage durch die Gemeinden gerechtfertigt?

Mitnichten. Auf der einen Seite verfügen die Gemeinden nicht über eine große Anzahl leerstehender geeigneter Gebäude. Hier gilt es Privatquartiere zu finden. Diese werden auch entsprechend angeboten. Allerdings verfügen sie nicht über die rechtlichen Voraussetzungen, die an derartige Quartiere gestellt werden. Nicht nur die raumordnungsrechtlichen und baurechtlichen Bestimmungen, sondern auch die Bautechnik, das Gewerbe etc. ist vielfach ein Hinderungsgrund. Daneben sind die vorgegebenen Mindeststandards betreffend die Unterbringung in der Grundversorgung in Österreich nicht nur bundesweit nicht einheitlich, sondern vielfach überschießend (siehe Beitrag Seite 60/61). Werden Quartiere von der öffentlichen Hand adaptiert, instand gesetzt oder überhaupt neu errichtet, so kommt zusätzlich das Vergaberecht ins Spiel. Die rechtlichen Rahmenbedingungen mit denen sich übrigens die Wirtschaft und die Bürger laufend herumschlagen müssen, sind nicht geeignet, diese Krisen oder Notsituationen zu bewältigen. Nicht anders kann man allerdings die Situation bezeichnen. Auch der eingesetzte Flüchtlingskoordinator hat dies bereits erkannt. Allein im August sind bisher 26.000 Flüchtlinge



„Die geopolitischen Interessenslagen sind zu unterschiedlich. Das ist die europäische Dimension der Asylpolitik.“



ge und damit fast doppelt so viele wie im Juli (15.000) nach Serbien gekommen. Sie sind auf dem Weg in die EU. Argumente, wonach bei nichtadäquaten Unterbringungsplätzen eine Haftung im Raum steht, sind nicht zielführend. Wer haftet für die obdachlosen Flüchtlinge im Lager Traiskirchen? In Not- und Krisensituationen ist rasches unbürokratisches Handeln notwendig. Das zeigt auch die Unterbringung in Garagen, die dafür sicherlich nicht die erforderlichen Bewilligungen haben.

Das beabsichtigte Bundesverfassungsgesetz mit einem Durchgriffsrecht für den Bund mag zwar den Druck erhöhen, wird aber keine Lösung bringen. Eigenartig mutet es allerdings an, wenn beabsichtigt wird, den Gemeinden gleich auch die Kompetenz und die Kosten zu übertragen. Und das nicht nur für Flüchtlinge im Sinne der Grundversorgungsvereinbarung, sondern auch darüber hinaus. Jede Gemeinde hat im Bedarfsfall Plätze bereitzustellen. Wenn sie es nicht tut, kann dem Bürgermeister Verfassungsbruch vorgeworfen werden. Der Gemeindebund hat sich dagegen klar und mehrfach ausgesprochen.

Es ist auf der einen Seite fragwürdig, dass es zur Lösung der Asylproblematik einer Verfassungsänderung bedarf, zeigt aber insgesamt auf, dass viel zu viele Lebensbereiche überreguliert sind. Und daran ist nicht der Föderalismus schuld. Nur wenn die europäischen Aufgaben gelöst und die nationalen rechtlichen Rahmenbedingungen angepasst werden, werden auch die Gemeinden gemeinsam mit der Bevölkerung ihren Beitrag leisten können. Das haben sie schon in vielen Fällen bewiesen ●

Deutschland ist das primäre Ziel der Flüchtlinge – Österreich hat durchgeleitet (Bilder aus Budapest). Aber längerfristig ist das auch für Deutschland nichtwerkbar, wie die wieder eingeführten Grenzkontrollen zeigen.

ASYLQUARTIERE

DAS SIND DIE MINDESTANFORDERUNGEN

Welche Kriterien Quartiere für Asylwerber erfüllen müssen, ist von Bundesland zu Bundesland verschieden. Es gibt aber Mindeststandards, auf die sich Bund und Länder geeinigt haben.



Mindestanforderungen müssen in ganz Österreich eingehalten werden – gerade bei Quartieren. Darüber hinaus gibt es in den Bundesländern zusätzliche Regelungen, die aber nur positiv abweichend sein können, keinesfalls negativ. Bei der Ausarbeitung der **Mindeststandards** stand in Vordergrund, dass eine menschenwürdige Unterbringung sichergestellt sein muss. Allgemeingültige Standards, wie Asylwerber untergebracht werden sollen, sind schon allein deswegen nicht machbar, weil es in Bereichen wie Bauordnung, Raumordnung oder Brandschutz sehr unterschiedliche Regelungen gibt.

Unter anderen sind folgende Ausstattungsmerkmale bei organisierten Quartieren zu beachten:

- Der Quartierbetreiber oder eine Vertretung hat tagsüber als Ansprechperson für die Bewohnerinnen und Bewohner und für die Grundversorgungsstelle im Quartier erreichbar zu sein und muss für Notfälle telefonisch rund um die Uhr erreichbar sein.
- Öffentliche Verkehrsmittel und Einrichtungen für den täglichen Bedarf sollten gut erreichbar sein.
- Pro Person ist eine Mindestfläche von 8 m² zur Verfügung zu stellen. Für jede weitere Person sind 4 m² vorgesehen.
- Nach Möglichkeit sind den Bewohnern Gemeinschaftsflächen innerhalb und außerhalb des Objekts anzubieten.
- Jede Wohneinheit ist mit Garderobe, Tisch,

jeweils pro Person ein Bett (inkl. Bettwäsche, Polster, Decke), Kasten und Sessel auszustatten.

- Bei der Belegung der Zimmer soll auf ethnische, sprachliche und religiöse Unterschiede sowie Familieneinheiten Bedacht genommen werden.
- Bei gemeinschaftlicher Nutzung von Sanitäranlagen sind diese nach Geschlechtern zu trennen und haben abschließbar zu sein.
- Für je höchstens zehn Personen ist eine Dusche, ein Waschtisch sowie eine WC-Anlage zur Verfügung zu stellen.
- Zur Wäschereinigung müssen Waschmaschinen und Trockenmöglichkeiten in ausreichender Menge/Größe zur Verfügung gestellt werden, sofern nicht kostenlos Jetons für nahegelegene Waschsaloons angeboten werden.
- Bei Vollversorgerquartieren ist auf abwechslungsreiche und ausgewogene Mahlzeiten zu achten, wobei das Mittagessen jedenfalls eine warme Mahlzeit sein muss und auf besondere Essensvorschriften (Religion, Unverträglichkeiten) Rücksicht genommen werden muss.
- Bei Selbstversorgung wird je zehn Personen zumindest ein Herd mit vier Kochplatten samt Backrohr, ein Kühlschrank und Gefriermöglichkeit sowie Spülen, Küchenkästen und Geschirr zur Verfügung gestellt.
- Die soziale Betreuung im Rahmen der Leistung Information, Beratung, Betreuung wird von Seiten der Grundversorgungsstelle des jeweiligen Bundeslandes sichergestellt, organisiert und überprüft. ●



LINKS ZUM THEMA

Eine ausführliche Betrachtung dieses Themas finden Sie auf www.kommunal.at

INTERVIEW

Asylbewerberunterkünfte in aller Munde

KOMMUNAL: Die Kommunalmesse mit dem Gemeindegasttag ist zu Ende. Wie ist Ihr Fazit?

Wolfgang Lang: Als langjähriger Partner der Gemeinden für mobile Raumlösungen stellen wir jedes Mal gerne auf der Kommunalmesse aus. Wir nutzen diese Veranstaltung, um abseits des Tagesgeschäftes viele Gespräche mit den Gemeindevertretern und Bürgermeistern führen zu können. Das ist nicht nur uns, sondern auch unseren Partnern in den Gemeinden sehr wichtig.

Ihr Unternehmen ist ja angesichts des Asylthemas in aller Munde.

Ja, das auf jeden Fall. Die Nachfrage nach unseren Produkten ist zurzeit überaus hoch. Insbesondere in den Ländern Deutschland, Schweiz und Frankreich hat CONTAINEX in jüngster Zeit gemeinsam mit Händlerpartnern und Hilfsorganisationen mehrere Asylbewerber-Unterkünfte aus Containern errichtet. Auch in Österreich wurden in Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand zahlreiche Unterkünfte für Asylsuchende aufgebaut. So zum Beispiel in Hörsching, Berg, Mondsee oder Ohlsdorf, wo wir einen Teil der 700 vom BMI geordneten Wohncontainer aufgestellt haben.



Kommunal sprach mit Wolfgang Lang, Mitglied der CONTAINEX-Geschäftsführung.

In diesem Zusammenhang gab es in manchen Medien irritierende Aussagen zu Mengen und Preisen, die vom BMI und uns mittlerweile richtiggestellt wurden.

Wurde dieses Thema von den Gemeindevertretern angesprochen?

Für die Amtsleiter und Bürgermeister, die echte Profis im Beschaffungswesen sind, war die mediale Aufregung kein Thema. Natürlich sind Asylbewerberunterkünfte in aller Munde, aber in der langfristigen Planung der Gemeindevertreter stehen mehr denn je Kindergärten, Schulen und Vereine im Fokus.

In den Medien wird bereits von einer europaweiten „Containernerverknappung“ gesprochen – wie sehen Sie diese Situation?

Derzeit übersteigt in vielen europäischen Ländern die Nachfrage das Angebot. Wir haben uns bereits vor Monaten auf diese Situation vorbereitet und die Kapazitäten in den sechs eigenen europäischen Produktionswerken deutlich erweitert. Somit sind wir gerade für unseren langjährigen Stammkunden aus dem kommunalen Bereich stets lieferfähig! Ein „Ausverkauf“ wegen der Flüchtlingskrise findet bei Containex jedenfalls nicht statt!

WEITERE WICHTIGE FRAGEN RUND UM DAS THEMA ASYL UND FLÜCHTLINGEN SIND:

Darf ein Asylwerber arbeiten?

Im Rahmen festgesetzter Kontingente können Asylwerber (zeitlich auf maximal sechs Wochen beschränkt und nicht verlängerbar) Erntearbeit bzw. (auf sechs Monate befristete verlängerbare) Saisonarbeit ausüben. Bei nachgewiesenem Lehrlingsmangel können Asylwerber unter 25 Jahren eine Lehre absolvieren, wenn für die betreffende Lehrstelle keine andere Arbeitskraft vermittelt werden kann.

Was sind Remunerantentätigkeiten?

Darunter versteht man gemeinnützige Arbeiten, die in Flüchtlingsquartieren, für Gemeinden, Länder oder den Bund zulässig (z.B. Schneeräumung, Straßenreinigung usw.) sind. Diese Tätigkeiten begründen kein Dienstverhältnis, somit ist keine Beschäftigungsbewilligung erforderlich. Weiters liegt keine Pensions-, Kranken-, Unfallversicherungs- und Einkommensteuerpflicht vor. Für diese Tätigkeiten wird ein Anerkennungsbeitrag von üblicherweise rund fünf Euro pro Stunde gewährt.

Wie kann man Asylwerber integrieren?

Manche Asylwerber wissen nicht, wie unser Leben strukturiert ist. Das heißt, man muss ihnen Informationen über unsere Gesellschaft und Kultur geben, vorzugsweise neben Englisch auch in ihrer Muttersprache. Dazu gehören Infos zur Gleichstellung von Männern und Frauen, zu Gewaltfreiheit, Rechtsstaatlichkeit oder den gesetzlichen Grundlagen ebenso wie Informationen zur Mülltrennung zum Beispiel. Asylwerber sollten auch darüber informiert werden, in welchem Rahmen sie in der Gemeinde arbeiten können. Auch sollten sie erfahren, unter welchen Umständen ihnen die Grundversorgung gestrichen werden kann. Ganz wichtig ist auch, ihnen so früh wie möglich Deutschkurse zu ermöglichen.

Welche Tipps aus der Praxis gibt es noch?

Muslimische Männer können manchmal nicht kochen, es empfiehlt sich, daran zu denken, wenn sich Asylwerber selbst versorgen. Muslimische Männer haben manchmal Vorbehalte dagegen, dass ihnen Frauen etwas „anschaffen“. Hier sollte Klarheit über österreichische Gepflogenheiten hergestellt werden.

FLÜCHTLINGSSTROM

GRÖSSTE HERAUSFORDERUNG SEIT DEM 2. WELTKRIEG

Seit etwa einem Jahr ist bekannt, dass die Anzahl an Asylwerbern in die Höhe schnellst. Die Asylstatistik spricht da eine deutliche Sprache.



Im August 2014 waren es um 81 Prozent mehr Asylanträge als im August des Vorjahrs, im September 2014 sprang dieser Wert schon auf 145 Prozent.

Nun zur Gegenwart: Im August 2015 wurden bereits 9000 Asylanträge gestellt. Das ist eine Steigerung von 370 Prozent gegenüber dem Vorjahr und fast sieben Mal so viel wie im Jahr 2013. Die Zahlen werden aufgrund der jüngsten Entwicklungen weiter signifikant steigen. Der Flüchtlingsstrom nach Europa sucht sich seinen Weg wie eine Welle, es handelt sich hier um die größte Herausforderung Europas seit dem Zweiten Weltkrieg.

Der Österreichische Gemeindebund hat schon im September des Vorjahres über die Knappheit der Unterkünfte für Asylwerber informiert und an die Gemeinden appelliert, freie Quartiere zu melden. Die Resolution des Österreichischen Gemeindetages 2015 macht deutlich, dass es bei der Aufnahme von Asylanten nicht nur um das Wohnen geht, sondern auch um Gesundheit, Arbeit, Betreuung, jedenfalls die gesamte kommunale Daseinsvorsorge. Diese Sorge endet daher nicht, wenn die Menschen zumindest in einer Notunterkunft ein Dach über dem Kopf haben. Wer einmal Asyl gesagt hat, dem steht durch diesen Status auch zu, eine Lebensperspektive in dem neuen Land zu entwickeln. Das setzt aber auch die Bereitschaft zur Integration und die Arbeitswilligkeit voraus. Europa sollte auch das betonen und sich nicht nur als Schlaraffenland präsentieren.

Es gibt also eine vielfältige Betroffenheit unseres Gemeinwesens, wenn es darum geht, Asylwerber zu berherbergen und ihnen bei der Findung dieser Lebensperspektive zu helfen. Der Ge-

Die Resolution des Gemeindebundes verlangt, dass bei der Verteilung der Asylwerber nicht nur auf die infrastrukturellen Voraussetzungen, sondern auch auf die gesellschaftlichen Ressourcen Rücksicht genommen wird.

„Das Flüchtlingswesen ist eine Materie, die alle Lebensbereiche umfasst. Das gilt nicht nur für Gemeinden, sondern auch für den Gesamtstaat.“



HOFRAT MAG. NICOLAUS DRIMMEL IST STV. GENERALSEKRETÄR DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

meinebund hat schon im Spätsommer 2014 schwerpunktmäßig die Gemeinden darüber informiert, was auf sie bei der Aufnahme von Asylwerbern zukommt. Das Flüchtlingswesen ist eine Materie, die alle Lebensbereiche umfasst. Das gilt nicht nur für Gemeinden, sondern auch im Gesamtstaat. Die bereits erwähnte Resolution stellt daher fest, dass „eine innerhalb der Gebietskörperschaften abgestimmte Gesamtstrategie zur mittel- und langfristigen Bewältigung der Folgen der Flüchtlingskrise notwendig ist. Nur mit einer solchen (auf dem Grundsatz der Konsultation basierenden) Gesamtstrategie, die insbesondere die Bereiche Betreuung, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und Wohnen mit einschließt, können Staat und Gesellschaft die an sie gestellten Herausforderungen erfolgreich bewältigen“. Die einzelnen Punkte der Resolution sind an anderer Stelle abgedruckt. Kooperation und ein Schulterschluss auch auf Landesebene ist dafür jedenfalls der richtige Weg. Ein Beispiel dafür ist das Informationsportal des Vorarlberger Gemeindeverbandes und dem Land Vorarlberg www.fluechtlingshilfe.at. Es ist auch ein notwendiger und positiver



Schritt, wenn die Bundesregierung einen gut vernetzten und für seine Handschlagqualität bekannten Flüchtlingskoordinator eingesetzt hat. Er ist nicht zu beneiden, denn es ist nicht einfach, wenn sich Rahmenbedingungen stetig ändern. Hier ist überdies ein besonders feines Sensorium dafür notwendig, was unser Gemeinwesen noch bewältigen kann.

Österreich hat sicher eine äußerst hohe Bereitschaft zu helfen; es wird immer wieder die lange Tradition der Hilfe in den Flüchtlingskrisen betont, die unser Land in fernerer und näherer Vergangenheit heimgesucht hatten. Die Hilfsbereitschaft wurde zuletzt auch immer wieder in Medien und durch beherzte Organisatoren in unserer Gesellschaft kultiviert. Man denke nur an „Licht ins Dunkel“ oder „Nachbar in Not“. Die Menschen in Österreich können und wollen daher zweifellos viel Gutes leisten. Positiv gemeinte Aufrufe, dass wir gewisse Dinge schaffen, sind ermutigend. Wir haben gut organisierte Blaulichtorganisationen, eine couragierte Zivilgesellschaft, was in einigen unserer Nachbarländer durchaus nicht der Fall ist. Wichtig ist aber auch bei allem Potenzial: Man darf nicht mehr wollen, als man kann. Sonst läuft man Gefahr, den Eigenstand, die eigene Stabilität und Manövrierfähigkeit zu verlieren, wovon letztlich auch Flüchtlinge nichts haben. Das wäre etwa so, wie wenn der Stabhochspringer sich zu ehrgeizig die Latte zu hoch legt, aber seine Technik nicht mitspielt. Ähnliches gilt



LINKS ZUM THEMA



<http://kommunal.at/artikel/die-resolution-des-gemeinbundes/>

Der Gemeinbund sucht kommunale Best Practice Modelle in der Unterbringung von Flüchtlingen und Integration von Asylanten. Rückmeldungen an **office@gemeinbund.gv.at**

auch umgekehrt, der Sportler ist gut trainiert, aber es gibt eine mentale Blockade oder macht nur einen falschen Schritt. Das beste Rettungsboot kann seine Kapazitäten nicht ausschöpfen, wenn es falsch beladen ist. All das gilt es im übertragenen Sinn fein auszuloten.

Was darunter gemeint ist: Die **Resolution des Gemeinbundes** (nachzulesen unter www.kommunal.at) verlangt, dass bei der Verteilung der Asylwerber nicht nur auf die infrastrukturellen Voraussetzungen, sondern auch auf die gesellschaftlichen Ressourcen Rücksicht genommen wird. Die derzeitige Herausforderung ist ja nicht nur die vorübergehende Unterbringung einer Welle von Flüchtlingen, sondern eine möglichst rasche Integration jener Menschen, die Asyl suchen. Integration funktioniert wohl dort am besten, wo die hilfesuchenden Menschen in der Gemeinde auch ein Gesicht haben, wo ihre Geschichte bekannt ist, wo man einander mit Respekt begegnen kann. Das Absinken in die Anonymität und daraus entstehende Parallelgesellschaften wären fatal. Ein Grund mehr, warum die lange erhobene Forderung des Gemeinbundes nach überschaubaren Unterbringungseinheiten ein vitaler Faktor für unser Gemeinwesen ist. Wenn unser Land auch langfristig seine Kultur der Hilfsbereitschaft erhalten will, ist daher auch auf das Maß der gesellschaftlichen Ressourcen und auf den innergesellschaftlichen Zusammenhalt abzustellen. Trotz der leider noch vielfältigen und bürokratischen Hürden, die schon längst entschärft sein müssten, haben sich in den letzten Wochen zahlreiche positive Beispiele auch in den kleinen und ländlichen Gemeinden entwickelt. Hier wird nicht nur ein Dach über dem Kopf geboten, sondern den Menschen auch durch freiwillige Helfer, etwa pensionierte Lehrer/innen, ein Angebot gemacht, um sich recht bald heimisch zu fühlen. Solche und ähnliche Beispiele werden derzeit vom Österreichischen Gemeinbund gesucht, um sie zu dokumentieren und zu präsentieren. Es soll ein Zeichen dafür sein, dass die Mobilisierung von Hilfe nicht durch Zwang erfolgen kann, sondern eine Frage des Zusammenhalts der Gesellschaft, der Rahmenbedingungen und des positiven Anspruchs ist. ●